№ 214
A 109
Morgen-Ausgabe

Berlin Vossische Zeitung

Donnerstag 7. Mai 1925
V

15 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang sechsmal (Morgen- und Abendblatt vereint). Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: „Musikblatt" — „Recht und Leben" — „Umschau in Technik und Wirtschaft" — „Für Reise und Wanderung" — „Literarische Umschau".

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark. mm-Zeile 25 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 15 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur Georg Bernhard. Verantw. Redakteur: [illegible] Anzeigen-Handelsteils: Carl Misch, Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 3600—3666, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695 Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin Postscheckkonto Berlin 660.

Caillaux fordert Burgfrieden.

Erst Finanz-Sanierung.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 6. Mai.

Die gestrigen Unterhaltungen Painlevés mit den verschiedenen Mitgliedern des Kabinetts werden in französischen politischen Kreisen interessiert besprochen. Ein Morgenblatt hat behauptet, in der Besprechung, die Painlevé gestern abend mit Briand, dem Justizminister, dem Minister des Innern und dem Minister für öffentliche Arbeiten hatte, sei hauptsächlich die Frage der „Reparationsleistungen" besprochen worden. Diese Angabe trifft nach meinen Informationen nicht zu.

Das Gerücht ist wohl auf die Anwesenheit des Ministers der öffentlichen Arbeiten zurückzuführen. Aber dieser Minister, der sozialistische Dissident Laval, ist der Vertrauensmann von Caillaux, welcher selbst an der Besprechung nicht teilgenommen hat. In meist zuverlässig informierten Kreisen verlautet, die gestrige Zusammenkunft sei **veranlaßt worden durch die kategorische Forderung Caillaux, alle innerpolitischen Streitfragen bis zur Durchführung der Finanzsanierung zurückstellen zu lassen** und speziell jede Beunruhigung der streng katholischen Kreise zu vermeiden.

Es verlautet weiter, Caillaux habe diese Forderung in vollem Einverständnis mit den Leitern der sozialistischen Partei gestellt. Die sozialistischen Führer seien durch ihren als Finanzspezialist bekannten Parteigenossen Vincent Auriol davon überzeugt worden, daß das Linken-Kartell nach seinem Erfolge bei den Gemeinderatswahlen mit ganzer Kraft die Finanzsanierung erstreben müsse und daß die Voraussetzung für die Sanierung eine innerpolitische Beruhigung ist.

Diese Kreise wünschen, daß der nationalistischen Opposition keinerlei Gelegenheit geboten wird, eine Regierungsmaßnahme als Provokation vor einem Teil der Bevölkerung hinzustellen und auszubeuten.

Es heißt, daß die sozialistischen Führer auch das Verbot der für nächsten Sonntag angekündigten Umzüge zur Feier des Nationalfestes für die Jungfrau von Orleans bedauern. Diese Frage hat, wie verlautet, bei der gestrigen Besprechung im Arbeitszimmer Painlevés die Hauptrolle gespielt. Gewisse Anzeichen deuten darauf hin, daß auch die Meinungen über die großen außenpolitischen Probleme in einigen Punkten auseinandergehen, und daß die Tendenz einer starken Revidierung des Herriotschen Standpunktes in der Sicherheitsfrage, die unter dem Eindruck der Wahl Hindenburgs vorzuherrschen schien, von anderer Seite bekämpft wird. Es ist anzunehmen, daß auch diese Frage gestern erörtert worden ist.

Kontrollnote und Räumung.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

whe **London**, 6. Mai.

In unterrichteten Kreisen verlautet, daß die interalliierte Note an Deutschland in der Abrüstungsfrage demnächst fertiggestellt werden wird. Sie wird aus zwei Teilen bestehen, einer Mantelnote, in der Deutschland voraussichtlich ohne Fristsetzung aufgefordert werden wird, „mit größter Beschleunigung" bestimmte Verstöße gegen die Abrüstungsbestimmungen des Friedensvertrages zu beseitigen. Zur Begründung dieser Forderung wird der Mantelnote eine vom Obersten Militärrat ausgearbeitete Denkschrift beigegeben werden, in der die angeblichen deutschen Verfehlungen näher aufgezählt und begründet werden.

Die wichtigste Meinungsverschiedenheit innerhalb der Botschafterkonferenz soll durch die Frage hervorgerufen sein, ob man ausdrücklich in der Mantelnote Deutschland das Versprechen geben soll, daß die Kölner Zone sofort nach Abstellung der Beanstandungen der Alliierten geräumt werden wird. England verlangt eine solche Feststellung, während Frankreich und Belgien sich bisher einem solchen Vorschlage gegenüber ablehnend verhalten haben sollen.

* **Paris.**

Obwohl an offiziellen Stellen hier nicht bekannt ist, wann die nächste Botschafterkonferenz tagen wird, wird in hiesigen britischen Kreisen angenommen, daß die Botschafterkonferenz Ende dieser Woche noch zu einer Sitzung zusammentreten wird, um über die Frage der Räumung der Kölner Zone zu verhandeln. Der englische Botschafter soll, wie hier weiter verlautet, von seiner Regierung endgültige Instruktionen erhalten haben und wird sich um den baldigen Zusammentritt der Botschafterkonferenz zur Entscheidung dieser Frage bemühen.

Loucheurs europäische Kartellpläne.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

akl **Brüssel**, 6. Mai.

Loucheur äußerte sich in einer Unterredung mit einem Redakteur des „Etoile Belge", daß trotz der augenblicklich günstigen französischen Situation eine Krisis in der Textil- und Metallindustrie bevorstehe, was beweise, daß die leitenden Kreise der Industrie einen schweren Fehler begehen. Der Fehler sei, man produziere zu viel angesichts einer verringerten Aufnahmefähigkeit, und diese verringerte Aufnahmefähigkeit resultiere zum Teil aus den mangelhaften Handelsverträgen.

Um aus dieser Lage herauszukommen, müsse man trachten, eine Entente zwischen Frankreich, Belgien, Luxemburg, England und Deutschland zustande zu bringen. Die Entente, der ich das Wort rede, sagte Loucheur, begleite sich auf die Textil- und Metallindustrie. Es ist eine Art Kartell, das ich erreichen möchte. Dieses Kartell ist unbedingt notwendig hinsichtlich der Ausfuhr.

Als ich zuerst diese Anregung gab, fand ich einigen Widerstand auf belgischer Seite, aber seit ich hier in Brüssel bin, hatte ich Gelegenheit, mit verschiedenen Persönlichkeiten zu unterhandeln, und es scheint, daß der Widerstand schwächer wird. Auch die Engländer zögerten anfangs, doch auch sie beginnen die praktische Seite meines Vorschlages zu verstehen.

Wenn die Welt nicht dazu kommt, ihre Produktion zu regeln, werden wir schwere wirtschaftliche Kämpfe erleben, und man weiß, daß diesen leicht politische Schlachten folgen. Man muß trachten, ein vernünftiges Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch herzustellen. Eine wirkliche Gefahr bedeuten hier die Zollgrenzen. Ein Volk muß seine wirtschaftliche Unabhängigkeit haben, wenn es seine politische Freiheit bewahren will.

Loucheur hat gestern hier einen Vortrag gehalten vor der Gesellschaft der Freunde Frankreichs über die französisch-belgischen Beziehungen. Im Verlauf kaum Loucheur auch auf Deutschland zu sprechen, dem man Vertrauen entgegenbringen müsse in den Verhandlungen über den Sicherheitspakt.

Freitag Entscheidung.

Die Abstimmung in Preußen.

Die Presse der Rechten behauptet, daß die Abstimmung über das Vertrauensvotum für die Regierung Braun voraussichtlich abermals verschoben werden solle. Diese Behauptung stellt nur einen Niederschlag der Wünsche dar, die in den Kreisen der Rechtsparteien bestehen. In Wirklichkeit wird die Abstimmung unter allen Umständen am Freitag vorgenommen. Die preußische Regierung hat, wie wir hören, alle Vorbereitungen getroffen, um für den Fall einer Ablehnung des Vertrauensvotums die Auflösung des Landtags fristgerecht durchführen zu können. Verhandlungen über eine Umbesetzung der Ministerien kommen überhaupt erst nach erfolgter Abstimmung in Betracht. Nur so kann endlich Klarheit geschaffen werden.

Campe Landeshauptmann von Hannover.

Der hannoversche Provinziallandtag hat, wie aus Hannover gemeldet wird, an Stelle des wegen Krankheit zurückgetretenen Landeshauptmannes von der Wesse einstimmig den bisherigen ersten Schatzrat Dr. von Campe, den Fraktionsführer der Deutschen Volkspartei im preußischen Landtag, zum Landeshauptmann für Hannover gewählt. — Dr. Rudolph v. Campe wurde 1860 zu Bückburg (Schaumburg-Lippe) geboren. Er studierte Jura, war Amtsrichter in Nordheim, Landrichter in Hildesheim, Landgerichtsdirektor und zuletzt Landgerichtspräsident in Stade. Im Mai 1917 wurde er zum Regierungspräsidenten in Münden ernannt und im Jahre 1920 in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Organisationswirtschaft.

Von

Professor Dr. Hans Goldschmidt,

Oberlandesgerichtsrat in Köln.

Als ich im Frühjahr 1923 in der „Vossischen Zeitung" im Anschluß an mein Buch „Reichswirtschaftsrecht" die Ansicht aussprach, daß die Organisation der Wirtschaft immer weitere Fortschritte machen werde, daß ihr nicht nur die Zukunft innerhalb der einzelnen Staaten, sondern auch in bezug auf die Weltwirtschaft gehöre, bin ich meistens auf Zweifel gestoßen. Die nicht zu leugnenden Mißgriffe während der Kriegs- und Uebergangswirtschaft hatten jede Art von Organisation der Wirtschaft in Verruf gebracht. Der damals gerade tobende Ruhrkampf ließ vollends jeden Gedanken an internationale wirtschaftliche Zusammenschlüsse als utopisch erscheinen. Und doch konnte ich schon im Frühjahr 1923 darauf hinweisen, daß abseits vom Sozialismus kapitalistische Kräfte der freien Wirtschaft ein Ende zu bereiten sich anschicken. Inzwischen ist die Entwicklung in der geschilderten Richtung noch weiter gegangen. Das ist so einleuchtend, daß jetzt mancher das Gesagte als die Hervorhebung von etwas Selbstverständlichem betrachten mag. Aber davon, daß die Erkenntnis von dem unaufhaltsamen Fortschreiten der Organisation in der Wirtschaft als Gemeingut betrachtet werden kann, sind wir noch sehr weit entfernt. Sonst könnte es nicht sein, daß in der Politik die Forderung nach freier Wirtschaft noch eine solche Rolle spielt. Auch die in Betracht kommenden Gesellschaftswissenschaften, insbesondere die Rechtswissenschaft, haben sich den veränderten Verhältnissen noch nicht entfernt angepaßt. In Wirklichkeit haben wir gar nicht mehr die Wahl zwischen der freien und der organisierten Wirtschaft. Vielmehr kommt es nur darauf an, die sich unvermeidbar durchsetzende Organisation so auszugestalten, daß dabei der einzelne die Freiheit nach der wir empfindungsgemäß verlangen, soweit als möglich bewahrt. Dies festzuhalten, gilt gerade jetzt um so mehr, als die letzten „Standale" manchem den klaren Blick getrübt haben. Mögen diese auch gewiß höchst verurteilenswerte Mißbräuche bei einzelnen wirtschaftlichen Organisationen aufgedeckt haben, die große Linie der Entwicklung bleibt deswegen doch unverändert.

Die Organisation der Wirtschaft vollzieht sich einmal durch Zusammenschluß verschiedener wirtschaftlicher Unternehmungen in Form von Kartellen, Beteiligungen usw. Gerade die Beteiligungen spielen in der neuesten Zeit eine besondere Rolle. Sie sind auch das wichtigste Mittel zur Herbeiführung internationaler Zusammenballungen geworden. Es sei nur an die Vorgänge im Bankgewerbe und in der rheinischen Montanindustrie erinnert. Das Gewerbe kapitalarmer Staaten, wie es auch Deutschland ist, sucht und erhält überschüssiges ausländisches Kapital. Man hat in Deutschland die Einführung sogenannter convertible Bonds geradezu damit gerechtfertigt, daß man durch diese in den angelsächsischen Ländern heimische Form von Schuldverschreibungen den Gewohnheiten der betreffenden Geldgeber entgenkommen solle. Allerdings kommen diese am freien Geldmarkt unterzubringenden convertible Bonds für die dauernden Beteiligungen von einer Industrie- oder Bankgruppe an einer anderen nicht eigentlich in Betracht. Ihr plötzliches Auftauchen in Deutschland zeigt aber doch die Interessenverbindung zwischen der in- und ausländischen Wirtschaft. Von großen Organisationen, die den Weltmarkt beherrschen, seien nur die Konzerne der Oelproduktion und der schwedische Zündholztrust genannt. Ueberhaupt handelt es sich bei der wirtschaftlichen Konzentration in der einen oder anderen Form um eine in allen Ländern mehr oder minder zu beobachtende Erscheinung, sogar in solchen mit vorwiegender Urproduktion. So haben sich in Norwegen und Argentinien Bestrebungen zur Zurückdrängung der Kartelle durch besondere Gesetze geltend gemacht. Ueber Kanada sagt neuerdings ein juristischer Schriftsteller Thomas Mulvey im „Canada Law Journal", daß die Entwicklung von Trusts und Kombinationen jetzt offenbar (apparent) in Kanada sei. Dabei ist zu beachten, daß, soviel wir auch von derartigen Zusammenschlüssen hören, wir sicherlich nur einen Bruchteil der wirklich bestehenden erfahren. Die Urheber derartiger Gebilde sind nämlich nicht eitel. Sie legen keinen Wert darauf, daß man ihre Namen und Werke in der Oeffentlichkeit kennt. Besonders in den angelsächsischen Ländern gibt es Trusts, über deren eigentliche Leiter Dunkel herrscht. In der letzten Zeit ist das Konzentrationsbedürfnis in einzelnen Zweigen der deutschen Industrie allerdings so groß geworden, daß auch die Verwaltungen der Gesellschaften in den Geschäftsberichten und in den Generalversammlungen vielfach auf die dahingehende Notwendigkeit hingewiesen haben.

Während die wirtschaftliche Organisation durch Zusammenschlüsse in der Oeffentlichkeit eine größere, wenn auch noch lange nicht genügende Beachtung gefunden hat, verhält sich dies anders hinsichtlich der zweiten Art, in der die Organisation vor sich geht. Diese besteht darin, daß sich im Aufbau der einzelnen Unternehmungen eine wesentliche Umwandlung vollzieht. Die sich in dieser Be-

00